

VetAbt (HMuKLV)

Betreff: WG: Verfügung Wilke
Anlagen: S28BW-819092012390.pdf

Von: [REDACTED]@kwafkb.de>

Gesendet: Freitag, 20. September 2019 12:43

An: [REDACTED]

Betreff: WG: Verfügung Wilke

[REDACTED]

bitte entschuldigen Sie, leider hatte ich bei der ersten Mail Ihre Mailadresse nicht korrekt übernommen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[REDACTED]

Landkreis Waldeck-Frankenberg
Kreisausschuss
Fachdienst Lebensmittelüberwachung Tierschutz und Veterinärwesen Osterweg 20
35066 Frankenberg

Tel.: +49 06451 743 [REDACTED]

Fax: +49 06451 743 777

www.landkreis-waldeck-frankenberg.de

www.facebook.de/landkreiswafkb

Bitte beachten Sie die neue eMail-Adresse:

[REDACTED]

Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich und oder rechtlich geschützt, und damit ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser E-Mail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisaufnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser E-Mail unzulässig ist. Wir bitten Sie, sich in diesem Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen.

The content of this e-mail is meant exclusively for the person to whom it is addressed.

If you are not the person to whom this e-mail is addressed or his/her representative, please be informed, that any form of knowledge, publication, duplication or distribution of the content of this e-mail is inadmissible. We ask you, therefore, in such a case to please contact the sender of this e-mail.

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 20. September 2019 12:38

An: [REDACTED]

[REDACTED]
Betreff: Verfügung Wilke

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage sende ich Ihnen die besprochene Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[REDACTED]
Landkreis Waldeck-Frankenberg
Kreisausschuss
Fachdienst Lebensmittelüberwachung Tierschutz und Veterinärwesen Osterweg 20
35066 Frankenberg

Tel.: +49 06451 743 [REDACTED]
Fax: +49 06451 743 777
[REDACTED]

www.landkreis-waldeck-frankenberg.de
www.facebook.de/landkreiswafkb

Bitte beachten Sie die neue eMail-Adresse:
[REDACTED]

Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich und oder rechtlich geschützt, und damit ausschließlich für den bezeichneten Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat dieser E-Mail oder dessen Vertreter sein sollten, so beachten Sie bitte, dass jede Form der Kenntnisnahme, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe des Inhalts dieser E-Mail unzulässig ist. Wir bitten Sie, sich in diesem Fall mit dem Absender der E-Mail in Verbindung zu setzen.

The content of this e-mail is meant exclusively for the person to whom it is addressed.

If you are not the person to whom this e-mail is addressed or his/her representative, please be informed, that any form of knowledge, publication, duplication or distribution of the content of this e-mail is inadmissible. We ask you, therefore, in such a case to please contact the sender of this e-mail.

Landkreis Waldeck-Frankenberg · FD 8.2 · Osterweg 20 · 35066 Frankenberg (Eder)

Gegen Empfangsbescheinigung:

Herrn

als Geschäftsführer Wilke Waldecker Fleisch-
und Wurstwaren GmbH & Co.KG
Korbacher Str. 5
34477 Twistetal-Berndorf

Lebensmittelrechtliche Verfügung

Ihr Zeichen:

Mein Zeichen:

Frankenberg (Eder), den 20. September 2019

In der lebensmittelrechtlichen Angelegenheit des Herrn

- Verfügungsadressat-

Betriebsstätte: Wilke Waldecker Fleisch- und Wurstwaren GmbH & Co.KG,
Korbacher Str. 5, 34477 Twistetal-Berndorf,

ergeht folgende

V e r f ü g u n g :

1. Der gesamte Betriebsbereich, insbesondere Slicer und Kutter, sind einer Grundreinigung zu unterziehen.
Frist: vor erneutem Produktionsbeginn
2. Vor erneutem Produktionsbeginn sind Schwämmchen-, alternativ Tupferproben aus dem gesamten Produktionsbereich, insbesondere Slicer und Kutter, zu nehmen und diese in einem akkreditierten Labor auf Listerien untersuchen zu lassen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind umgehend der Veterinärbehörde mitzuteilen.
3. Von jedem Produkt, welches auf einem der Slicer geschnitten wird, ist ab sofort bis einschl. 20.10.2019, nach jeweils einem Fünftel der Aufschneidezeit 1 Probe zu nehmen und diese in einem akkreditierten Labor auf Listerien untersuchen zu lassen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind umgehend der Veterinärbehörde mitzuteilen.

DER LANDRAT

FACHDIENST
LEBENSMITTELÜBERWACHUNG
TIERSCHUTZ
UND VETERINÄRWESEN

Osterweg 20
35066 Frankenberg (Eder)
Tel. 06451 743-
Fax 06451 743-777

www.landkreis-waldeck-frankenberg.de

Konten der Kreiskasse Korbach:

Sparkasse Waldeck-Frankenberg
(BLZ 523 500 05) Nr. 8 805
IBAN: DE54 5235 0005 0000 0088 05
BIC: HELADEF1KOR

Postbank in Frankfurt (Main)
(BLZ 500 100 60) Nr. 696 99 606
IBAN: DE12 5001 0060 0069 6996 06
BIC: PBNKDEFFXXX

Gläubiger ID: DE14ZZZ00000035607

USt-Id Nr.: DE 113 057 900

**Das jeweilige Produkt darf solange nicht in Verkehr gebracht werden,
bis ein negatives Ergebnis auf Listerien vorliegt!**

4. Zusätzlich sind ab sofort bis einschl. 20.10.2019, von jedem geslachten Produkt, frühestens 1 Tag vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD), 5 Packungsproben zu nehmen und diese in einem akkreditierten Labor auf Listerien untersuchen zu lassen (n=5). Die Ergebnisse der Untersuchungen sind umgehend der Veterinärbehörde mitzuteilen.
5. Die Slicer sind produktbezogen zwischen Roh-, Brüh-/Kochwurst zu trennen. Die Slicer-Nummern sind der Veterinärbehörde schriftlich mitzuteilen.
Frist: sofort
6. Die im Betrieb des Verfügungsadressaten verwendeten Reinigungsmittel sind dahingehend zu überprüfen, ob diese auch zur Beseitigung von Listerien geeignet sind. Nachweise darüber sind der Veterinärbehörde umgehend vorzulegen.
Frist: sofort
7. Die sofortige Vollziehung der Ziffern 1 - 6 dieser Verfügung wird angeordnet.
8. Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen der Ziffern 1 - 5 dieser Verfügung drohe ich ein Zwangsgeld in Höhe von jeweils 30.000,00 € an. Für einen Verstoß gegen Ziffer 6 dieser Verfügung werden 10.000,00 € angedroht.
Das Zwangsgeld kann wiederholt festgesetzt werden, ohne dass es einer erneuten Androhung bedarf.
Für den Fall der Uneinbringlichkeit des festgesetzten Zwangsgeldes wird darauf hingewiesen, dass beim Verwaltungsgericht in Kassel der Erlass eines Haftbefehls zur Ersatzzwangshaft für die Dauer von bis zu max. 2 Wochen beantragt werden kann (§ 76 a HVwVG).
9. Der Verfügungsadressat hat die entstandenen Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) in Höhe von **421,45 €** zu erstatten.
Der Betrag ist innerhalb von 2 Wochen nach Zugang dieser Verfügung mit beiliegendem Überweisungsträger auf das Konto der Kreiskasse Korbach zu überweisen.

Begründung:

I

Aus dem Produktionsbereich des Verfügungsadressaten wurden im laufenden Betrieb sieben Schwämmchenproben entnommen und zur Untersuchung auf Listerien in ein akkreditiertes Labor eingesendet.

Nach den Untersuchungsergebnissen des Hessischen Landeslabors Kassel vom 19.09.2019 wurden pathogene Listerienerreger in zwei Schwämmchenproben im Produktionsbereich des Verfügungsadressaten nachgewiesen, und zwar von folgenden Entnahmestellen:

TPN 1 „R207: Rohwurstkutter (Duo)“: *Listeria monocytogenes*,
TPN 4 „R307: Slicer Nr. 1“: *Listeria monocytogenes*.

Apathogene Listerien konnten in den Schwämmchen folgender Entnahmestellen festgestellt werden:

TPN 2 „R318: Slicer Nr. 3“: *Listeria innocua*,
TPN 3 „R318: Slicer Nr. 4“: *Listeria innocua*,
TPN 7 „R310: Slicer Nr. 6“: *Listeria welshimeri*.

Auf eine Anhörung des Verfügungsadressaten wurde gem. § 28 Abs. 2 Hess. Verwaltungsverfahrensgesetz verzichtet, da die Gesundheit des Verbrauchers unmittelbar gefährdet ist (Gefahr im Verzug).

II

Die Anordnung gem. Ziffer 1 - 6 dieser Verfügung erfolgen gemäß § 39 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) i. V. m. Art. 54 der EU-Kontrollverordnung.

Nach § 39 Abs. 1 LFGB ist es Aufgabe der zuständigen Behörde, die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes zu überwachen. Insbesondere hat sie sich durch regelmäßige Überprüfungen und Probennahmen davon zu überzeugen, dass die Vorschriften eingehalten werden. Gemäß § 39 Abs. 2 LFGB treffen die zuständigen Behörden dabei die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen, die zur Feststellung oder zur Ausräumung eines hinreichenden Verdachts eines Verstoßes oder zur Beseitigung festgestellter Verstöße oder zur Verhinderung künftiger Verstöße sowie zum Schutz vor Gefahren für die Gesundheit oder vor Täuschung erforderlich sind.

Die Anordnungen gemäß Ziffer 1 - 6 dieser Verfügung ergehen in der Absicht, eine unmittelbar durch offensichtlich keimbelastete Oberflächen ausgehende Gefahr des Verbrauchers für die Behörde nachvollziehbar abzuwenden sowie auch zukünftigen Verstößen des Verfügungsadressaten gegen die lebensmittelrechtlichen Vorgaben vorzubeugen.

Der Verfügungsadressat ist seinen Verpflichtungen im Umgang mit Lebensmitteln nur unzureichend nachgekommen. Zum wiederholten Male wurden im Betrieb des Verfügungsadressaten, selbst nach Reinigung + Desinfektion, sowohl in den sog. „High-Risk-Bereichen“, wie auch in anderen Produktionsbereichen, Listerien gefunden. Somit waren die bisherigen Maßnahmen des Verfügungsadressaten, bezogen auf die Erfüllung der Anforderungen der VO (EG) 2073/2005, keinesfalls ausreichend.

Vor diesem Hintergrund ist es nunmehr erforderlich, ihm die notwendigen Maßnahmen aufzugeben, um eine lebensmittelrechtlich konforme Betriebsführung im Umgang mit Lebensmitteln zu erreichen.

Die auf einem Teil der Oberflächen festgestellten Keime sind geeignet, die Lebensmittel und durch dessen Verzehr somit auch die Gesundheit des Verbrauchers nachteilig zu beeinflussen. Dies ist insbesondere in einem solchen „High-Risk-Bereich“ wie den Slicern erforderlich, da hier kein weiterer Verfahrensschritt zur Reduzierung infektiöser Mikroorganismen mehr vorgesehen ist, bevor die Ware den Endverbraucher erreicht.

Der Gesetzgeber hat daher zur Abwendung dieser Gefahren die entsprechende Regelungen getroffen (§ 3 Satz 1 LMHV sowie Kap. 1, Anhang 1, Art. 4, 5, 6 VO (EG) 2073/2005).

Die Anordnungen genügen auch den im Rechtsstaatsgebot des Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz (GG) begründeten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Mit der Umsetzung der Anordnungen werden die wesentlichen Mängel im Umgang mit Lebensmitteln durch den Verfügungsadressaten beseitigt und für die Zukunft vorgebeugt. Sie sind damit geeignet, negativen Gesundheitsbeeinträchtigungen des Verbrauchers vorzubeugen. Nur mit solchen Anordnungen lässt sich die Beendigung der rechtswidrigen Verhältnisse erreichen.

Die Anordnungen sind auch erforderlich, da nur durch Probennahmen gem. den Vorgaben der VO (EG) 2073/2005 sowie deren Untersuchung auf Listerien in einem akkreditierten Labor, die akut bestehende Gefahr für den Verbraucher abgewendet werden kann. Geeignete mildere Mittel können dieses Ziel nicht erreichen. Die Anordnungen sind schließlich aber auch angemessen. Das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Gesundheit des Verbrauchers überwiegt hierbei die Interessen des Verfügungsadressaten.

Zudem stellt die Vorgehensweise der Behörde das mildeste der in Frage kommenden Mittel dar, um die vorgenannten Ziele zu erreichen.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung erfolgt gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), da ein besonderes öffentliches Interesse daran besteht, die Gesundheit des Verbrauchers umgehend aber auch präventiv zu schützen. Auch kann nicht hingenommen werden, dass der Verfügungsadressat durch das Einlegen von Rechtsmitteln eine vermeidbare Gesundheitsgefährdung des Verbrauchers weiterhin riskieren kann.

Mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung liegen die Voraussetzungen des § 47 Abs. 1 HSOG für die Anwendung von Verwaltungszwang vor. Nach §§ 48 Abs. 2 i. V. m. 53 HSOG ist die Anwendung des Zwangsmittels dem Verfügungsadressaten zuvor schriftlich anzudrohen und ihm eine angemessene Frist zu geben, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Bei der Auswahl des Zwangsmittels hat die Behörde dabei gemäß § 4 HSOG ebenfalls den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Vorliegend hält die Veterinärbehörde die Androhung und ggf. auch Festsetzung eines **Zwangsgeldes** bei einem Verstoß gegen die Ziffern 1-6 dieser Verfügung nach § 50 HSOG für geboten.

Ein Zwangsgeld wird daher als das mildeste und gleichzeitig geeignetste Mittel angesehen, den getroffenen Anordnungen nunmehr Folge zu leisten. Die Androhung des Zwangsgeldes ist auch angemessen. Wie bereits dargelegt, sind vorliegend erhebliche verbraucherschutzrechtliche Interessen berührt.

Die Höhe des Zwangsgeldes liegt darin begründet, dass dieses, um den Verfügungsadressaten auch letztlich zum Handeln zu bewegen, deutlich höher sein muss als die Summe der anstehenden Untersuchungskosten in den akkreditierten Laboren. Die Höhe der Untersuchungskosten wird sich nach Ansicht der Behörde definitiv in einem fünfstelligen Bereich belaufen. Würde das Zwangsgeld niedriger angesetzt, stünde sich der Verfügungsadressat günstiger, wenn er die Proben nicht untersuchen ließe und stattdessen das Zwangsgeld zahlt.

Letztlich hat es der Verfügungsadressat selbst in der Hand, mit der Umsetzung der angeordneten Maßnahmen die Anwendung von Verwaltungszwang abzuwenden.

Schließlich erfolgt nach § 48 Abs. 3 HSOG der Hinweis auf die Möglichkeit, das Zwangsgeld ggf. auch wiederholt ohne erneute Androhung festsetzen zu können. Die Androhung von Ersatzzwangshaft bei Uneinbringlichkeit des Zwangsgeldes erfolgt gem. § 51 HSOG.

Die sofortige Fristsetzung folgt hierbei der Konzeption des Gesetzgebers, wonach es keinen Tag länger hinzunehmen ist, dass die Gesundheit des Verbrauchers weiter gefährdet wird.

Gebühren und Auslagen:

Für die getroffenen Anordnungen wird gemäß Ziff. 215 der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (VwKostO-MUKLV) vom 08.12.2009 (GVBl. I S. 522), zuletzt geändert durch Sechste Änderungsverordnung vom 20. November 2018 (GVBl. I S. 679) i.V.m. dem Hessischen Verwaltungskostengesetz (HVwKostG) in der Fassung vom 12. Januar 2004 (GVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2018 (GVBl. I S. 330) i.V.m. den Ziffern 1411, 1412 der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung (AllgVwKostO) vom 11.12.2009 (GVBl. I S. 763), zuletzt geändert durch die Zehnte Verordnung zur Änderung verwaltungsrechtlicher Vorschriften vom 11.12.2017 (GVBl. I S. 408), eine Verwaltungsgebühr in Höhe von **418,00 €** erhoben. Die Erhebung der Auslagen (**3,45 €** Postzustellung) beruht auf § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 9 Abs. 1 Nr. 2 Hessisches Verwaltungskostengesetz (HVwKostG).

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Landkreis Waldeck-Frankenberg, Der Landrat, Osterweg 20, 35066 Frankenberg, Widerspruch erhoben werden.

Weitere Hinweise:

Die Erhebung des Widerspruchs in elektronischer Form (z.B. per E-Mail) ist unzulässig. Vor der Entscheidung über den Widerspruch ist der Widerspruchsführer durch den bei dem Landrat des Landkreises Waldeck-Frankenberg gebildeten Anhörungsausschuss mündlich zu hören. Von dieser Anhörung kann u. a. abgesehen werden, wenn der Widerspruchsführer darauf verzichtet. Im Falle der Erhebung eines Widerspruchs wird daher um Angabe gebeten, ob auf die Anhörung verzichtet wird.

Das Widerspruchsverfahren ist kostenpflichtig, falls der Widerspruch ganz oder teilweise erfolglos bleibt oder der Widerspruch zurückgenommen wird, nachdem die Widerspruchsbehörde mit der sachlichen Bearbeitung begonnen hat.



Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Anlage: Überweisungsträger